

# oö Informiert

Nr. 1, 2020

Österreichische Post AG SP 17Z041006S, 4040 Linz



## Wir müssen die Grenzen selbst entsprechend sichern!

**Dr. Manfred Haimbuchner**  
Landeshauptmann-Stv.

Mehr dazu auf den Seiten 2-3

### **Kriminalität:**

**Sicherheitsrisiko  
Massenzuwanderung**

Seite 5

### **Bildung:**

**Brennpunkt  
Schule**

Seite 10

### **Wohnbau:**

**Hervorragende  
Bilanz**

Seite 14



## Neue Migrationswelle rollt auf Europa zu

*Dramatische Szenen Anfang März an der Grenze zu Griechenland: Tausende Migranten wollen die türkisch-griechische Grenze überqueren und so in die EU gelangen. Zuvor stach durch, dass der türkische Staatspräsident Erdogan sich nicht mehr an den Flüchtlingsdeal mit Angela Merkel halten wird. Auf die drohende Migrationswelle ist die EU aber immer noch nicht vorbereitet. Was nun zu tun ist:*

**E**s kann einen nur fassungslos machen: 2015 brach eine Migrationswelle ohnegleichen über Europa herein und die europäischen Gesellschaften haben immer noch darunter zu leiden – sowohl was die Kosten als auch die massiv verschlechterte Sicherheitslage anbelangt. Statt jedoch aus der Erfahrung zu lernen und in der Zwischenzeit einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen herzustellen und vor Ort die Fluchtursachen zu bekämpfen, hat man sich in Europa auf einen Deal Angela Merkels mit Erdogan verlassen – der nun die Migranten erneut als Druckmittel gegen die EU einsetzt.

Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner hat hierzu deutliche Worte gefunden: „Wir warnen seit Jahren davor, sich mit solchen Machthabern einzulassen. Wir müssen uns in Europa selbst darum kümmern, dass wir die Grenzen sichern. Was ist passiert in den vergangenen fünf Jahren? Einfach gar nichts.“ Und weiter: „Diese

Europäische Union ist unfähig, sie ist feig und sie ist auch untätig.“

### ■ Europa in Gefahr

Gelingt es nicht, einen neuerlichen Ansturm auf die EU und die Sozialsysteme der Mitgliedsstaaten zu verhindern,

dann steht viel mehr auf dem Spiel, als „nur“ die vielen Milliarden, die das kosten wird: Die Sicherheitslage wird sich weiterhin verschlechtern und das Vertrauen der Bürger in den Staat und seine Institutionen wird auf eine gefährliche Belastungsprobe gestellt. Ein rigoroser europäischer Grenzschutz ist die unverzichtbare Vorbedingung für das freie Europa, in dem wir als Unionsbürger leben und das wir schätzen. Freiheit nach innen braucht Sicherheit nach außen!

### Maßnahmen gegen die Migrationswelle

- >> Funktionierender Schutz der EU-Außengrenzen.
- >> Als Sofortmaßnahme gegen die Erpressungsversuche aus der Türkei das Schengen-Visum für türkische Staatsbürger aussetzen.
- >> International verwaltete Schutzzonen errichten.
- >> Humanitäre Korridore in unmittelbaren Nachbarstaaten der Krisenländer in Afrika und Nahost einrichten.
- >> Hilfe vor Ort ausbauen.

Ganz sicher nicht dazu beitragen können Initiativen wie „Lehre & Asyl“, die die Pullfaktoren nur verstärken und Migrationswilligen weitere Anreize bieten, sich nach Europa auf den Weg zu machen.

## Interview:

# „Freiheit nach innen braucht Sicherheit nach außen!“

## Migrationskrise – Was läuft schief?

**Manfred Haimbuchner:** „2015 darf sich nicht wiederholen“ – Keinen Satz hört man dieser Tage häufiger. Doch was dabei vergessen wird: Wir sind bereits wieder mittendrin im Chaos des Spätsommers 2015. Die Europäische Union steht im weltpolitischen Abseits, ist manövrierunfähig und nicht willens, selbst ins

internationale Geschehen einzugreifen und das eigene Schicksal in die Hände zu nehmen.

Stattdessen hat man sich in die Hände von Erdogan begeben und mit ihm einen windigen Flüchtlingsdeal vereinbart. Jetzt, wo der Fall eingetreten ist, dass Erdogan seine Drohungen wahr macht und die Schleusen Richtung Europa öffnet, sitzen die Verantwortlichen in Berlin, Brüssel, Paris und Wien wieder wie das Kaninchen vor der Schlange. Europa wird erneut von einer Migrationswelle heimgesucht und das Chaos ist vorprogrammiert.

## Migrationskrise – Was können wir tun?

**Haimbuchner:** Die Vorschläge liegen auf dem Tisch, nun müssen die Verantwortlichen in Brüssel und anderswo nur endlich bereit sein, auch die entsprechenden Maßnahmen zu setzen.

Solange dies jedoch nicht geschieht, können wir uns als wahre Europäer, denen der Schutz der europäischen Identität und die Bewahrung des europäischen Geistes am Herzen liegt, nur auf uns selbst verlassen.

Ich rufe daher alle patriotischen Kräfte in den Ländern an den EU-Außengrenzen auf: Schützt eure Grenzen und schützt so unser gemeinsames Europa!

## Migrationskrise – Warum brauchen wir Gegenmaßnahmen?

**Haimbuchner:** Ein rigoroser europäischer Grenzschutz ist

die unverzichtbare Vorbedingung für das freie Europa, in dem wir als Unionsbürger leben und das wir schätzen. Freiheit nach innen braucht Sicherheit nach außen! Die geistige Einheit Europas, die Freiheiten des Schengenraums und damit der Geist der Europäischen Union an sich stehen auf dem Spiel, wenn die Verantwortlichen in Berlin, Brüssel und anderswo das nicht endlich verstehen wollen. Überdies haben das Staatsversagen und das Chaos im Spätsommer 2015 dafür gesorgt, dass das Vertrauen der Bürger in den Staat und seine Institutionen massiven Schaden genommen hat. Das darf sich nicht wiederholen!

”

**Ich rufe daher alle patriotischen Kräfte in den Ländern an den EU-Außengrenzen auf: Schützt eure Grenzen und schützt so unser gemeinsames Europa! “**

Landeshauptmann-Stv.  
Dr. Manfred Haimbuchner  
Landesparteiobmann

## Migrationskrise – Was brauchen wir?

**Haimbuchner:** Wir brauchen jetzt nicht nur ein Bekenntnis zum Schutze Europas vor einem Rückfall ins Jahr 2015, sondern wir brauchen vor allem Taten, die diesen Rückfall verhindern! Ich unterstütze deshalb die Forderung des Tiroler Landesparteiobmanns, Mag. Markus Abwerzger, nach einer Aussetzung der Erteilung von Schengen-Visa an türkische Staatsbürger. Wir müssen deutlich machen, dass Europa kein Spielball der Mächte ist!





Foto: Land OÖ

v.l.: Prok. Ing. Peter Stadlberger (Vertriebsleiter Rosenbauer Österreich), Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger, Markus Wieshofer (Geschäftsführer Rosenbauer Österreich)

## Feuerwehren: Garant für Sicherheit unserer Heimat

Feuerwehr-Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger besuchte kürzlich die Firma Rosenbauer in Leonding, wo er vor Ort Informationen über das breit gefächerte Fahrzeug- und Ausrüstungssortiment erhielt. Dabei betonte Klinger die Wichtigkeit der Feuerwehren: „Sie sind ein Garant für die Sicherheit unserer Heimat. Für die Bewältigung der Einsätze und Herausforderungen sind nicht nur eine hervorragende Ausbildung, sondern auch Ausrüstung und Fahrzeuge nötig.“



Besuchen Sie

**Manfred Haimbuchner**  
in den sozialen Medien:

[fb.com/manfredhaimbuchner](https://www.facebook.com/manfredhaimbuchner)  
[instagram/manfredhaimbuchner](https://www.instagram.com/manfredhaimbuchner)



## Einigung zum B1 Ausbau

„Am Ende des Tages ist es wichtig, dass es zu einer raschen, vernünftigen, sachlichen und effizienten Lösung kommt, von der die Bürger profitieren“, so Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner

Nach langen Verhandlungen zwischen Marchtrenk und dem Infrastrukturressort von Landesrat Mag. Günther Steinkellner, konnte letztendlich eine Einigung getroffen werden, die den 4-streifigen B1-Ausbau besiegelt. Mit dem zukünftigen Ausbau in Marchtrenk wird die B1 Wiener Straße auf der gesamten Strecke zwischen Linz und Wels 4-streifig ausgebaut sein. Der ca. 7,1 km lange Ausbau zwischen Hörsching und Marchtrenk wurde in zwei Teilabschnitte unterteilt. Der Baubeginn für den ersten, 2,1 Kilometer umfassenden Teilabschnitt in Hörsching ist für 2021 angesetzt.

Etwa 28.000 Fahrzeuge benutzen tag-

täglich die B1. Mit dem Sicherheits-Lückenschluss stehen besonders der flüssige Verkehrsverlauf und die Gewährleistung der Verkehrssicherheit im Fokus. „Bei meinem Amtsantritt Ende 2015 hatte das Projekt eine untergeordnete Rolle und war in keinem Bauprogramm enthalten. Ich habe deshalb veranlasst, dass mit Hochdruck an den Planungen gearbeitet wird, damit dieser dringend notwendige Lückenschluss vollzogen werden kann. Es freut mich, dass wir nun eine gewinnbringende Einigung erzielen konnten. Besonders um die Verkehrssicherheit auf der B1 zu gewährleisten, ist dieses Projekt von großer Wichtigkeit“, so Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.



LABg., Vize-Bürgermeister Marchtrenks Ing. Michael Fischer (re.) und Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner

# Ärztmangel als Folge **verfehlter Gesundheitspolitik**



*In Oberösterreich fehlen immer mehr Ärzte. In den kommenden Jahren wird sich das Problem des Ärztemangels sogar noch verschärfen. FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner fordert daher zügige Reformen.*

Fehlten in Oberösterreich Ende 2018 22 Allgemeinmediziner und Fachärzte, waren es Ende 2019 bereits 37 unbesetzte Stellen, davon 28 Kassenstellen für Allgemeinmediziner und neun Fachärzte. „Die Problematik der fehlenden Ärzte entstand mit Sicherheit nicht über Nacht“, kritisiert Manfred Haimbuchner die verfehlte Gesundheitspolitik scharf. In den kommenden neun Jahren werden zudem 55 Prozent der Mediziner mit Kassenvertrag in Pension gehen. Haimbuchner sieht daher

Krankenkasse und Ärztekammer in der Pflicht, einen Masterplan auf den Tisch zu legen.

Der Mangel an niedergelassenen Ärzten betrifft zwar vor allem den ländlichen Raum, hat aber auch Auswirkungen auf die gesundheitliche Versorgung in den Städten, zum Beispiel im Bereich der Pflege. Der FPÖ-Landeschef fordert daher einerseits einen Kraftakt, um Mediziner im ländlichen Raum zu halten und ihre Arbeitssituation

und Verdienstmöglichkeiten hier zu verbessern. Dazu gehöre auch die Beibehaltung einer ausreichenden Anzahl an Hausapotheken. Der zunehmende Ärztemangel lasse sich außerdem durch Maßnahmen abmildern, die Medizinstudenten mit guten Angeboten in Oberösterreich zu halten. Dazu gehören auch bessere Honorare für Haus- und Fachärzte. Immer mehr Wahlarztpraxen seien jedenfalls nicht die Lösung und führten zu einer Zwei-Klassen-Medizin. Fehlen Hausärzte vor Ort, lasse sich auch die Pflege nicht sicherstellen. Eine Reform der Hauskrankenpflege mit einer Harmonisierung der Leistungen sei hier zudem notwendig.

## **Sicherheitsrisiko Masseneinwanderung**

*Mitte Februar wurden die Rohdaten der österreichischen Kriminalstatistik 2019 veröffentlicht. Eine der wesentlichen Erkenntnisse daraus: Die anhaltenden Migrationsströme in unser Land gefährden die Sicherheit.*

Insgesamt wurden in Oberösterreich im Jahr 2019 64.604 Straftaten aufgenommen. Das entspricht einem Plus von 4,3 Prozent. Hierbei gingen 15.977 Straftaten auf das Konto fremder Täter. Damit haben sie mehr als ein Drittel dieser Taten in Oberösterreich begangen (34,46 Prozent). „Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ist das ein erschreckend hoher Anteil“, zeigt FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr auf. Besonders häufig wurden von fremden Tätern übrigens Straftaten wie Diebstahl, Einbruch sowie solche gegen Leib und Leben begangen. „Vor allem Afghanen in Kombination mit Messern werden immer mehr zum Problem“, weist Mahr auf die Auswertung der Landespolizeidirektion Oberösterreich zur Entwicklung der Kriminalität hin.

Wie stark der Zusammenhang zwischen der 2015 eingesetzten Migrationswelle und der Sicherheitslage in unserem Land ist, zeigt auch der Fünf-Jahres-Vergleich: Im Jahr 2014 gab es in Oberösterreich 10.021 fremde Tatverdächtige, 2019 wa-

ren es schon 15.977. Die türkis-grüne Bundesregierung ist daher aufgefordert, schnelle Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit der Österreicher zu erhöhen, so Mahr: „Neben der Aufstockung



der Polizeikräfte gehörten hierzu vor allem eine strikte Abschiebepolitik sowie ein Stopp weiterer Migrationsströme nach Österreich.“

Klubobmann Ing. Herwig Mahr fordert: Aufstockung der Polizei für mehr Sicherheit in OÖ



### **Straftaten OÖ**

**2018: 61.891    2019: 64.604 (+4,3 Prozent)**

### **Größte Anstiege in den Bezirken:**

Steyr	+ 29,8 Prozent
Freistadt	+22,1 Prozent
Steyr-Land	+14,6 Prozent

### **Vereinzelte Rückgänge:**

Bezirk Grieskirchen	- 4,1 Prozent,
Rohrbach	-3,6 Prozent
Kirchdorf	-2,7 Prozent
Braunau	-2,1 Prozent

Die Aufklärungsquote sank in Oberösterreich um 1,7 Prozent (Ö: -0,6 Prozent).

In ausverkaufter Jahnturnhalle:

## Fulminanter 29. Politischer

*So sieht eine echte Ansage aus: Die FPÖ Oberösterreich lud wieder zum traditionellen Politischen Aschermittwoch ein und rund 2.000 Freiheitliche und Freunde kamen. Unter der Anwesenheit von Bundesparteiobmann Norbert Hofer rief Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner den Gästen kämpferisch zu: „2021 darf an uns in Oberösterreich kein Weg vorbeiführen!“*

**E**s ist alte Sitte, dass zum Politischen Aschermittwoch deutliche Worte gefunden werden, deutlicher, als sonst üblich – gerne auch humorvoll, sarkastisch oder etwas überspitzt. Bereits zum 29. Mal fand diese freiheitliche Traditionsveranstaltung in der Rieder Jahn-Turnhalle statt. Nachdem FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz mit den Worten „Wir

halten zusammen, egal wie stark der Gegenwind ist“ die Einheit der freiheitlichen Wertegemeinschaft beschwor, berief sich Manfred Haimbuchner auf den Ursprung der Freiheitlichen: die bürgerlichen Freiheiten, die durch Verbotswahn und linke Moral-Diktatoren hochgradig bedroht sind.

Landeshauptmann-Stv.  
Dr. Manfred Haimbuchner

Generalsekretär  
NAbg. Michael Schnedlitz

FPÖ

# Aschermittwoch in Ried

Haimbuchner hielt daher ein flammendes Plädoyer für die unternehmerische Freiheit sowie die Rede- und Meinungsfreiheit.

„Ein Bürger kann“, so Haimbuchner, „der Meinung sein, dass zu viel Zuwanderung schadet. Ein Bürger kann der Meinung sein, dass eine weitere Vertiefung der EU zu viel des Guten sein kann. Er kann die Meinung vertreten, dass ein souveräner Nationalstaat mehr Sicherheit bietet als die EU. Mit all diesen Meinungen ist ein Bürger dennoch ein überzeugter Demokrat“, verwehrt sich Haimbuchner „gegen diese linke Sprachpolizei und gegen die Moral-Diktatoren, die jede abweichende Meinung in diesem Land diffamieren. Diffamieren mit den beleidigenden Kategorien ‚extremistisch‘, ‚radikal‘, ‚populistisch‘. Verjagen wir diese Sprachpolizisten, widersprechen wir ihnen bei jeder Gelegenheit. Sie spalten unsere Gesellschaft!“ Im Hinblick auf

das Wahljahr 2021 in Oberösterreich bekräftigte Haimbuchner: „Wir leisten in Oberösterreich gemeinsam gute Arbeit. Mein Ziel mit Euch zusammen ist es, zweitstärkste Kraft zu bleiben. Wir stehen für Stabilität und Kontinuität. Es darf auch 2021 kein Weg an uns vorbeiführen!“

Hauptredner Norbert Hofer teilte wiederum kräftig gegen die türkis-grüne Bundesregierung aus und beantwortete seine bissige Frage nach dem Unterschied zwischen der türkis-grünen Bundesregierung und einem Theater mit den Worten: „In einem Theater werden gute Schauspieler schlecht bezahlt.“ An der ÖVP kritisierte er unter anderem, dass für sie der Machterhalt wichtiger sei, als die großen Themen in Angriff zu nehmen. Eine große Zukunft sieht er daher für die türkis-grüne Regierung nicht: „Ich glaube, dass das Projekt Kurz scheitern wird, weil es eine hohle Nuss ist.“



Landeshauptmann-Stv. Dr. Haimbuchner,  
Bundesparteiobmann Ing. Hofer,  
Bezirksparteiobmann Podgorschek



Bundesparteiobmann  
Ing. Norbert Hofer

# FPÖ

## „Hoamatgsang ist Teil der oberösterreichischen Identität“

„Der ‚Hoamatgsang‘ ist Teil der oberösterreichischen Identität“, betonte FPÖ-Landesparteiobermann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner anlässlich der Diskussion rund um den Verfasser der oberösterreichischen Landeshymne Franz Stelzhamer.



„Viele bedeutende Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts, die in Forschung, Wissenschaft und Kultur große Leistungen erbracht haben, vertraten ein damals offenbar salonfähiges Weltbild, das in keiner Weise dem entspricht, wofür die moderne europäische Zivilisation heute steht. Eine aufgeklärte und erwachsene Gesellschaft muss in der Lage sein, unverdächtige Werke wie den ‚Hoamatgsang‘, die unserer Heimat kulturelle Identität gegeben haben, wertzuzu-

schätzen und gleichzeitig den Autor hinter dem Werk nicht auszublenzen. Eine kritische Auseinandersetzung mit den betroffenen Personen ist zweifellos notwendig, eine Beschädigung ihrer wissenschaftlichen Leistungen oder kultureller Schöpfungen ist abzulehnen.

Aus Sicht des FP-Landesparteiobermannes verständlich der „Hoamatgsang“

es wie keine andere Landeshymne, den Bürgern von Oberösterreich den Wert Heimat nahezubringen. Das emotionsgeladene, vordergründig kindlich wirkende, aber gerade dadurch besonders tiefgründige Werk sei so untrennbar mit dem Bundesland Oberösterreich verbunden, wie dessen wechselvolle Geschichte. „Als bestes Beispiel für einen vernunftgetragenen Umgang mit der eigenen Geschichte gibt es hier in Oberösterreich die voestalpine, die als Hermann-Görling-Werke gegründet worden

sind, eine vorbildliche Aufarbeitung ihrer Geschichte betrieben haben und heute zurecht als ein Vorzeige- und Weltunternehmen gelten. Es gilt deshalb einen klaren und kompromisslosen, nicht beschönigenden Umgang mit der eigenen Geschichte zu finden und zu pflegen. Was jedoch nicht passieren darf, ist die Abkehr von der Vernunft, vom Streben nach wirtschaftlicher Prosperität und von identitätsstiftenden, kulturellen Errungenschaften, denn diese Abkehr bedeutet letztlich die Rückkehr zu der Barbarei, die man angeblich verhindern will“, so Haimbuchner weiter.

Haimbuchner betonte, dass es den wichtigen Kampf gegen Antisemitismus im Hier und Jetzt zu führen gälte und niemandem damit gedient sei, wenn man seine Kräfte nun auf Dichter richte, die bereits seit fast 150 Jahren tot sind.



Landeshauptmann-Stv.  
Dr. Manfred Haimbuchner

kann. Deshalb ist es die Pflicht der Politik, dafür zu sorgen, dass der Sonntag arbeitsfrei bleibt.“

### Arbeitsfreien Sonntag erhalten

Klare Wort gibt es von Familienreferent, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner anlässlich des „Internationalen Tages des arbeitsfreien Sonntags“.

„Gemeinsame Familienzeit ist so wertvoll – nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Eltern. Daher muss der arbeitsfreie Sonntag beibehalten werden. Wer unter der Woche seine Leistung bringt, soll den Sonntag mit der Familie verbringen können. Es gibt ohnehin viele Bereiche, wie etwa die Sicherheit oder die Gesundheitsversorgung und Pflege,

in denen auch am Wochenende gearbeitet werden muss, um das Versorgungsnetz unserer Heimat aufrecht zu erhalten. All jenen gebührt unser herzlicher Dank! Die Zeit, die Familien für bewusste gemeinsame Momente und Erlebnisse zur Verfügung steht, wird in der heutigen schnelllebigen Zeit immer rarer. Der Sonntag ist meist nur noch der einzige Tag, wo Familienzeit aktiv gelebt werden



## Krank hinter dem Steuer ist Gefahr

„Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert die volle Aufmerksamkeit und Konzentration des jeweiligen Lenkers bzw. der jeweiligen Lenkerin. Wer durch Krankheitssymptome geschwächt ist und diese Anforderungen nicht zu erfüllen vermag, sollte auf das Autofahren verzichten“, so Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.

Auch noch im Frühling gibt es ein erhöhtes Risiko durch gesundheitliche Beeinträchtigungen. Während viele krank zu Hause das Bett hüten, begeben sich manch andere trotz Krankheit hinter das Fahrzeugsteuer. Oft ist einem dabei nicht bewusst, dass dadurch ein erhöhtes Risiko in Punkto Verkehrssicherheit in Kauf genommen wird.



Ein Risikofaktor kann neben der generellen Einbuße der Fitness auch durch die Einnahme von Medikamenten bestehen. Medikamente können Benebelungseffekte auslösen und die Reaktionsgeschwindigkeiten erheblich verlangsamen. Auch starke Niesanfälle können eine zusätzliche Gefahr darstellen. Nicht nur durch das Verreißen des Steuers, sondern auch die einhergehende kurzfristige Fahrt im Blindflug ist ggf. risikoreich. Auch die Gefahr durch Schlafstörungen sollte nicht unterschätzt werden. Eine Nacht ohne Schlaf verändert die Reaktionsfähigkeit genauso stark wie ein Alkoholspiegel von etwa 0,8 Promille, zeigt Steinkellner auf.

## Ausübung von Pflegeberufen soll flexibler werden

Die demographische Entwicklung führt zu einem immer größeren Pflege- und Betreuungsbedarf. Bis zum Jahr 2040 wird es in Oberösterreich nach Schätzungen von Experten 125.000 Pflegebedürftige geben. Zum Vergleich: Heuer sind es 86.253. Das entspricht einer Zunahme von mehr als 45 Prozent.

Die Freiheitlichen fordern aufgrund des steigenden Pflegebedarfs, dass die Berufsausübung in der Altenpflege (FSB „A“, Pflegeassistent, Pflegefachassistent) auch außerhalb eines Dienstverhältnisses ermöglicht wird. Derzeit ist die Selbstständigkeit nur diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegern vorbehalten. Durch die Möglichkeit der flexibleren Berufsausübung sollen bestehende Potentiale besser genutzt, regionale Initiativen erleichtert und so ein bedarfsgerechtes und leistbares Angebot sichergestellt werden.

Dazu hat die FPÖ in der vergangenen Landtagsitzung am 5. März einen Antrag an die Bundesregierung eingebracht, der

mehrheitlich beschlossen wurde. Nun ist die Regierung in der Ziehung, die entsprechenden bundesgesetzlichen Regelungen anzupassen.

„Pflegekräfte sollen auch selbstständig arbeiten können, wenn dieser Wunsch besteht“, bringt Klubobmann Ing. Herwig Mahr die freiheitliche Forderung auf den Punkt. „Mehr Flexibilität bei der Berufsausübung von Fachkräften in der Altenarbeit würde der Kostenersparnis dienen und weitere Leistungsangebote ermöglichen. Selbstständige Pflege- und Betreuungskräfte können die Angebotspalette dementsprechend ergänzen.“



Klubobmann Ing. Herwig Mahr

**Brennpunkt Schule:**

# Deutsch-Pflicht, Sanktionen und „Brennpunktschulen“

*In den vergangenen zehn Jahren ist in Oberösterreich der Anteil an Schülern ohne deutsche Muttersprache um rund ein Drittel gestiegen. Die FPÖ OÖ weist seit Jahren auf diese Fehlentwicklungen hin, bis dato hat sich auf Bundesebene wenig getan. Landesparteiobmann Dr. Manfred Haimbuchner hat daher mit FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr und Bürgermeister Dr. Andreas Rabl einen 6-Punkte-Forderungskatalog vorgelegt.*

## ■ Muttersprache Deutsch auf dem Rückzug

Allein in OÖ gibt es mittlerweile 56 Schulen, an denen mehr als 70 Prozent der Schüler keine deutsche Muttersprache haben. In zwölf Schulen sind es sogar über 90 Prozent. Das hat schwerwiegende Auswirkungen für die betroffenen Schüler. Denn ausreichende Sprachkenntnisse sind der Schlüssel zu schulischer und beruflicher Selbstverwirklichung sowie zu gesellschaftlicher Teilhabe. Je höher der Migrantenanteil in Klassen und Schulen ist, desto schwieriger gelingt die Integration – das belegt nicht zuletzt der aktuelle Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle des Bildungsministeriums.

## ■ Gemeinsame Sprache wichtigste soziale Klammer

„Die gemeinsame Sprache ist die wichtigste soziale Klammer, ist Grundvoraussetzung für Respekt, Toleranz und sozialen Frieden. Mangelnde Deutschkenntnisse führen zu schlechteren schulischen Leistungen. Die sprachlichen Barrieren sollen sich nicht zu sozialen entwickeln“, findet

”

## Egal ob Lehrpersonal oder Schülerinnen – das Kopftuchverbot muss ausgeweitet werden.

Haimbuchner deutliche Worte. Die FPÖ OÖ mahnt erneut die Einführung der Schulsprache Deutsch ein. „Deutsch muss auch in der Pause gesprochen werden“, verweist Klubobmann Mahr auf ein entsprechendes verfassungsrechtliches Gutachten, dass Bildungsminister Faßmann offensichtlich ignoriere.

## ■ Brennpunktschulen und genügend Deutschförderklassen

Darüber hinaus sollen in Oberösterreich ausreichend Brennpunktschulen geschaffen und die nötigen Ressourcen für Deutschförderklassen bereitgestellt werden. Für den Welser Bürgermeister Rabl greift das von der Bundesregierung geplante Projekt „100 Brennpunktschulen“ von Bildungsminister Faßmann hier nicht

weit genug. „Linz, Wels und Steyr müssen maßgeblich berücksichtigt werden. Allein in Wels weisen neun von elf Volksschulen einen erhöhten Förderbedarf auf. Die ausgewählten Schulstandorte sollen ja verstärkt unterstützt werden“, so Rabl.

Es sei zudem klar, dass Lehrer mit den Herausforderungen in den Klassen nicht allein gelassen werden dürften. Ihre Rechte sollen gestärkt und verbesserte Sanktionsmöglichkeiten bei Fehlverhalten geschaffen werden. Rabl bringt eine weitere Forderung auf den Punkt: „Egal ob Lehrpersonal oder Schülerinnen – das Kopftuchverbot muss ausgeweitet werden.“ Die Schulen sollen demnach ein neutraler Ort ohne religiöse Indoktrination sein. Für Kinder, die mangelnde Deutschkenntnisse aufweisen, sieht der FPÖ-Forderungskatalog ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr vor.



Mahr, Haimbuchner, Rabl:  
Deutschpflicht auch in den Pausen.

2019:

## Jahresniederschlag nur geringfügig unter Erwartungswert

Eine Bilanz punkto Niederschlag für das Jahr 2019 gibt es von Wasser-Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger. Demnach waren die Niederschläge sehr durchwachsen, auf die Monate betrachtet gibt es teilweise extrem über oder unter den Erwartungen liegende Ergebnisse. Oberstes Bestreben sei eine störfallsichere Wasserversorgung. Dafür wurde der Sondertopf „Trockenheit“ mit einer Million Euro ins Leben gerufen. „Es konnten schon unzählige Projekte im Sinne einer gemeinschaftlichen Wasserversorgung auf Schiene gebracht werden“, so Klinger.

Von Jänner bis März 2019 waren die Niederschlagswerte auf Grund der großen Schneemengen mit 183 Prozent bzw. 171 Prozent deutlich über der Normalzahl. Sechs Monate – und hier vor allem die Monate April, Juni und August – lagen sie unter dem langjährigen Durchschnitt, da diese Monate sehr nie-

derschlagsarm waren. „Trotz dieser Datenlage haben wir einen Jahresniederschlag von 93 Prozent in Oberösterreich und liegen damit nur geringfügig unter dem Erwartungswert und noch geringfügig über den tiefsten bisher gemessenen Niederwasserjahren 1972, 1973 und 2011“, so Klinger. In den Grund-



wasserkörpern sei noch ausreichend Wasser vorhanden, sodass es gerade bei Gemeinschaftsanlagen zu keinen Problemen kommen sollte.



Norbert Hofer  
FPÖ-Bundesparteiobermann

**FPÖ** DIE SOZIALE  
HEIMATPARTEI

## WEG MIT DEN ORF-ZWANGSGEBÜHREN



Eine Initiative der FPÖ

300 Euro – so viel bezahlt ein österreichischer Haushalt durchschnittlich pro Jahr, um das Programmangebot des ORF nutzen zu können. Die GIS-Gebühr ist auch dann zu bezahlen, wenn die ORF-Programme nicht einmal angeschaut werden – ein TV-Gerät mit Empfangsteil genügt und die GIS-Gebühr wird fällig.

Die FPÖ macht sich seit Jahren für die Abschaffung dieser ORF-Zwangsgebühren stark. In der letzten Bundesregierung mit FPÖ-Beteiligung war das Aus für die GIS-Gebühr ausgemacht.

Der ORF verliert seit Jahren Marktanteile, Seher und Werbeeinnahmen –

gleichzeitig ist die GIS-Gebühr in den letzten 20 Jahren um 37 Prozent gestiegen. An den ORF-Privilegien wird natürlich nicht gerüttelt. Die stolzen Gehälter der ORF-Chefetage werden geheim gehalten. So kann es nicht weiter gehen. Daher fordern wir das Ende der ORF-Zwangsgebühren.

Die FPÖ unternimmt jetzt einen neuen Anlauf, um gegen die ORF-Zwangsgebühren zu kämpfen.

Auf [www.wegmitgis.at](http://www.wegmitgis.at) kann online mittels Unterschrift die Kampagne „Weg mit den ORF-Zwangsgebühren“ unterstützt werden.



Feuerwehr-Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger: Feuerwehren sind unverzichtbare und unbezahlbare Stütze für unsere Heimat.

## **Feuerwehren: 2019 „nur“ 58.952 Einsätze**

*Nahezu 95.000 Feuerwehrleute in 912 Feuerwehren waren im Jahr 2019 bei „nur“ 58.952 Einsätzen, verbuchten aber ein Plus von 35.775 Einsatzstunden – bedingt durch die Wetter-Extreme wie Schneechaos, aber auch Dauerregen mit etlichen Überflutungen.*

Konkret waren die Florianijünger in Oberösterreich im vergangenen Jahr mehr als 6,88 Millionen Stunden im Einsatz. Allein am 13. Jänner gab es auf Grund des Schneechaos 272 Alarmierungen. Und am 1. Juli war die Hilfe der Feuerwehren bei 266 Einsätzen wegen der extremen Hitze und Trockenheit und dadurch ausgelöster Wald- und Flurbrände gefragt. Feuerwehr-Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger hebt anlässlich der Jahresbilanz

hervor: „Die Feuerwehren im Land sind eine unverzichtbare und unbezahlbare Stütze unserer Heimat. Unser System der Ehrenamtlichkeit ist keine Selbstverständlichkeit. Was die Feuerwehren leisten ist wirklich bewundernswert und verdient größten Respekt.“

Die ehrenamtlichen Mitglieder seien 365 Tage im Jahr, zu jeder Tageszeit und zu jeder Witterung zur Stelle. Klinger hob

hervor, dass der schmale Grat zwischen Verfügbarkeit der Einsatzkräfte und die berufliche Verpflichtung der Mitglieder immer wieder eine Herausforderung darstelle. „Die neuen Regelungen punkto Entgeltfortzahlungen bei Großschadensereignissen werden eine gewisse Verfügbarkeit für die Zukunft sicherstellen“, betont Klinger. Bereits jetzt würden viele Unternehmen ihren Mitarbeitern erlauben, ihre Arbeitsplätze für Einsätze zu verlassen. Ziel sei es jedoch, für die alltäglichen Einsätze weiterhin einen Kompromiss zu finden, um die Bedürfnisse und Notwendigkeiten beider Seiten abzudecken.

## **Bahn frei für 315 Millionen Euro** **ÖV-Investitionen**

*Freie Bahn für 315 Millionen Euro – und damit eine Aufwertung der Infrastruktur, der Bahnhöfe, der Park-and-Ride-Anlagen und der Modernisierungen der Schienenanlagen. Die Schwerpunkte liegen dieses Jahr auf zahlreichen Verbesserungsmaßnahmen im Zentralraum.*

So werden Großprojekte wie der viergleisige Ausbau der Westseite des Linzer Hauptbahnhofes und die Modernisierung des Verschiebebahnhofes Linz Stadthafen angegangen. Langfristiges Ziel ist es dadurch Flaschenhälse zu entschärfen und Kapazitäten zu schaffen. Beispielsweise sind diese Maßnahmen unbedingt notwendig, um den Takt des S-Bahn-Systems zu verdichten. Im Herbst starten darüber hinaus auch die ersten Arbeiten für die Attraktivierung und Elektrifizierung der Mattigtalbahn.

Nicht nur an den Bahngleisen wird in Oberösterreich gebaut, auch die Bahnhöfe sollen attraktiver werden. Die Bahnhöfe Wernstein, Braunau, Ternberg und Gaisberg-Wartberg werden heuer



Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner

fertiggestellt. Die Modernisierung der Stationen in Bad Goisern, Steyregg, St. Georgen/Gusen und Linz-Wegscheid werden im Laufe des Jahres in Angriff genommen. Verbessert wird auch die Sicherheit bei Bahnübergängen. Mit der Auflassung weiterer Bahnübergänge bemühen wir uns, den Bahnverkehr zu beschleunigen und den Individualverkehr bestmöglich zu schützen. „Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs hat

für die Weiterentwicklung unseres Landes eine wesentliche Bedeutung. Das konsequente und kontinuierliche Abarbeiten eines umfangreichen Arbeitsprogramms, welches sich von der Umsetzung zahlreicher Park & Ride-Anlagen über den Umbau von Haltestationen und Bahnhöfen, bis hin zu wesentlichen Ertüchtigungsmaßnahmen erstreckt, steht hierbei langfristig im Fokus“, so Günther Steinkellner.

## **Tag des Artenschutzes:**

*Anlässlich des „Tag des Artenschutzes“ betont Naturschutzreferent, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner die Wichtigkeit des Naturschutzes: „Naturschutz im Allgemeinen und Artenschutz im Speziellen sind unabdingbar, um unser Oberösterreich in seiner Schönheit, Artenvielfalt und als ökologisch intakte Heimat für nachfolgende Generationen zu bewahren.“*

„Wer seine Heimat liebt, der schützt sie“, verweist Haimbuchner darauf, dass alle sich aktiv am Natur- und Artenschutz beteiligen können – durch einen sorgsamen Umgang mit unserer Natur „und auch durch Schaffung von Nahrungsquellen und Lebensräumen im eigenen Garten.“ Das Jahr 2020 ist – neben einer Vielzahl laufender Artenschutzprojekte – dem Schwerpunkt „Vogel“ gewidmet.

„Auch hier sind die Populationen stark rückläufig“, kündigt Haimbuchner an, dass mittels gezielter Maßnahmen verstärkt Habitate für bedrohte Vogelarten geschaffen werden sollen, um Nistplätze und Brutvorkommen zu sichern.





Landeshauptmann-Stv.  
Dr. **Manfred Haimbuchner**: Die Wohnbau-  
förderung in OÖ schafft nicht nur  
Wohnraum, sondern schafft und  
erhält wertvolle Arbeitsplätze im Land.

## 10 Jahre Wohnbaureferent Dr. Manfred Haimbuchner

# Hervorragende Bilanz: Wohnbau schafft soziale Sicherheit

*Wohnraum ist nicht nur ein zentrales menschliches Grundbedürfnis. Von der Leistbarkeit des Wohnens hängt auch ganz wesentlich die Lebensqualität der Menschen ab. Der Auftrag der Wohnbauförderung besteht daher darin, für ausreichend qualitativen und finanziell tragbaren Wohnraum zu sorgen. Nach zehn Jahren im Amt als Wohnbaureferent kann der Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner eine überaus positive Bilanz ziehen.*

**D**ie Wohnbauförderung in Oberösterreich steht vor allem auf drei Säulen: Durch die fokussierte Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Oberösterreich entsteht ein starkes Gegengewicht zum privaten Mietsektor, was für insgesamt leistbare Mieten und damit sozialen Frieden sorgt. Darüber hinaus hilft der Fixzins-Kredit dabei, Eigentum zu schaffen. Das gilt sowohl für Häuser als auch Wohnungen. Und schließlich helfen Fördermaßnahmen im Bereich der Sanierung dabei, ressourcenschonenden qualitativ hochwertigen Wohnraum zu erhalten.

Unter der Ägide von Manfred Haimbuchner wurden in den letzten zehn Jahren Förderungsmittel in Höhe von insgesamt 2,85 Mrd. Euro für die Wohnbauförderung bereitgestellt. Das sind umgelegt pro Tag 780.000 Euro, die für leistbares Wohnen

in unserem Bundesland eingesetzt wurden. Gefördert werden konnten in diesem Zeitraum insgesamt 19.309 Eigenheime, 26.270 Miet- und Eigentumswohnungen sowie 3.607 Heimplätze. Die Sanierung von 109.794 Häusern und Wohnungen wurde mit Annuitätenzuschüssen unterstützt. So wurden allein in den letzten zehn Jahren über 18 Prozent aller Hauptwohnsitze (Alt- und Neubau) in OÖ gefördert saniert.



Diese Maßnahmen haben nicht zuletzt dazu beigetragen, dass Oberösterreich den bundesweit höchsten Anteil an Wohnungen der Ausstattungskategorien A und B aufweise sowie nach zehnjähriger Fördertätigkeit des Wohnbaureferenten Haimbuchner die zuvor überdurchschnittlich hohen Nettomieten in Oberösterreich im Jahr 2018 unter den Österreichschnitt

rutschen. „Die Wohnbauförderung schafft nicht nur Wohnraum, sondern ist auch ein stabiler, unverzichtbarer Wirtschaftsmotor. Unsere heimischen Bauunternehmen und Nebengewerbe sichern durch ihre qualitativ hochwertige Leistung hohe Standards und schaffen und erhalten wertvolle Arbeitsplätze. Die Wertschöpfung bleibt zum größten Teil im Land und stärkt den Wirtschaftsstandort Oberösterreich“, hebt Haimbuchner hervor.

„Die Wohnbauförderung trägt in vielen Bereichen unseres Lebens zu positiven Entwicklungen bei und trägt somit auch eine entsprechende Verantwortung. Durch eine ausgewogene Förderlandschaft und durch eine gute Zusammenarbeit mit allen Partnern haben wir es geschafft, Oberösterreich zu einem der Vorreiter im Wohnbau zu machen. Hohe Bedarfsdeckung, eine vergleichsweise geringe Steigerung der Mieten auch am freien Markt, ein hohes Maß an Energieeffizienz und konjunkturstärkende Effekte tragen entscheidend dazu bei, dass Oberösterreich das Wohnbauland ist“, weist Haimbuchner auf die Rolle der Wohnbauförderung in der Gesellschaft hin.

## Bundesregierung plant **umstrittenes Zensurgesetz**

Offenbar plant die türkis-grüne Bundesregierung ein Gesetz nach Vorbild des deutschen NetzDG. Dadurch sollen Betreiber von sozialen Medien dazu verpflichtet werden, bereits „unzumutbare“ Inhalte zu löschen. Statt der unabhängigen Justiz entscheiden dann private Unternehmen über die Grenzen der Meinungsfreiheit.

Als „beispiellosen Angriff auf den liberalen Rechtsstaat“ bezeichnete FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner die Bestrebungen der Bundesregierung, im Schnellverfahren eine österreichische Version des deutschen Netzwerkdurchsetzungsgesetzes einzuführen. Das deutsche NetzDG sorgte bereits vor Inkrafttreten für heftige Kritik durch Grundrechtsexperten – und tut dies immer noch. Mittlerweile soll das Gesetz nachgebessert werden.

Vordergründig geht es beim NetzDG darum, sogenannte „Hass-Postings“ schnell zu entfernen und dies in die Verantwort-



ung der Betreiber von sozialen Medien zu übergeben. Tatsächlich führt diese Praxis jedoch dazu, dass nicht mehr unabhängige staatliche Gerichte darüber entscheiden, wer die Grenzen der Meinungsfreiheit überschritten hat, sondern Mitarbeiter von Facebook, Twitter und Co. Laut Standard werden in Österreich jedoch nicht nur Inhalte davon betroffen sein, die gegen geltendes Recht verstoßen, sondern auch solche, die das „Zumutbare“ überschreiten – ein Gummibegriff, der zwangsweise zu einem sogenannten Overblocking führen muss und damit die freie Meinungsäußerung der Bürger in rechtsstaatlich höchst be-

denklicher Form beschneidet.

Wie das deutsche NetzDG in der Praxis zeigt, werden häufig politisch unliebsame Postings gelöscht, wodurch das Gesetz zu seinem Instrument gegen kritische Stimmen wird. Betroffene, deren Beiträge gesperrt wurden, haben nach Angabe zahlreicher Kritiker nur unzureichende Möglichkeiten gegen diese Maßnahmen vorzugehen. Trolle jedoch, die wahllos Inhalte als fragwürdig melden, müssen mit keiner staatlichen Verfolgung rechnen.

Haimbuchner fordert daher, „die Justiz mit den nötigen Mitteln auszustatten, um Rechtsverstöße im Internet schnell und effektiv ahnden zu können.“ Den Plänen der türkis-grünen Bundesregierung, ein Zensurgesetz zu schaffen, erteilte er eine deutliche Absage.

## **Kampf gegen Sozialleistungsbetrug in Oberösterreich**

Bundes-Klubobmann Herbert Kickl hat in seiner Amtszeit als Innenminister 2017 die „Task Force Sozialleistungsbetrug“ ins Leben gerufen. In Tirol wurden seit 2017 mehr als 600 Anzeigen wegen Sozialleistungsbetrug eingebracht. Der Gesamtschaden beträgt 2,4 Millionen Euro. In Oberösterreich werden vermeintliche Sozialbetrugsfälle seit Anfang 2019 durch die Abteilung Sozialleistungsbetrug des Landeskriminalamtes bearbeitet.



Die FPÖ wollte in der vergangenen Landtagssitzung von SPÖ-Soziallandesrätin Gerstorfer wissen, wie viele

Verdachtsfälle ihre Abteilung im gesamten Jahr 2019 an das Landeskriminalamt gemeldet hatte. Die Antwort der zuständigen Landesrätin fiel erstaunlich aus. Ihre Abteilung habe im Jahr 2019 keinen einzigen Fall gemeldet. Ihr Einwirken sei nicht wichtig.

„Diese Aussage spricht Bände über das Amtsverständnis von Soziallandesrätin Gerstorfer. Auch wenn die Bezirksverwaltungsbehörden konkret für das Einbringen der Anzeigen zuständig sind, muss die fachlich zuständige Oberbehörde, also die Soziallandesrätin, einen klaren Überblick haben und strik-

te Kontrollen vorgeben. Offenbar besteht hier kein Interesse, aktiv an das Aufdecken von möglichen Missbräuchen heranzugehen“, zeigt sich Klubobmann Ing. Herwig Mahr fassungslos.

„Wenn in Tirol innerhalb von weniger als drei Jahren 600 Fälle aufgedeckt werden konnten, wird es in Oberösterreich eine ähnliche Vorfalldichte geben. Ich erwarte mir von Soziallandesrätin Gerstorfer, hier endlich für effiziente Kontrollen und einen Schulterchluss mit der Polizei zu sorgen“, fordert Mahr.

**FPO**

Die Freiheitlichen  
Oberösterreich



**Frohe Ostern**

wünscht Ihnen die  
FPÖ-Oberösterreich

[www.fpoe-ooe.at](http://www.fpoe-ooe.at)

FREIHEITLICHES  
BILDUNGSWERK  
OBERÖSTERREICH

IH: Freiheitliches Bildungswerk in Oberösterreich,  
Blütenstraße 21/1, 4040 Linz Titel: „00 Informiert“  
Redaktion: B. Thurner